

KURZ NOTIERT

von Martina Eichmann

Wahltermin erneut im Fokus

Seit der Machtübernahme durch die Militärregierung im Jahr 2014 wartet die Mehrheit der ThailänderInnen auf Parlamentswahlen. Die Festsetzung eines Wahltermins wurde bis heute immer wieder verschoben und rückt nun erneut in den öffentlichen Fokus. Bei einer Pressekonferenz nur wenige Tage vor dem Jahrestag des Todes von König Bhumibol Adulyadej verkündete General Prayuth, dass die ThailänderInnen im November des nächsten Jahres wählen werden. Dies ist wohl die deutlichste Aussage zu einem Wahltermin, die in den letzten dreieinhalb Jahren veröffentlicht wurde. Das exakte Datum soll

jedoch erst Mitte kommenden Jahres, um den Juni 2018 herum, bekannt gegeben werden. Bereits mehrere Male stellten die Generäle des Militärs den Menschen in Thailand eventuelle Wahltermine in Aussicht – umgesetzt wurde jedoch bisher keiner. Die Verzögerungen begründete die Regierung vor allem mit Sicherheitsbedenken und politischen Unruhen. KritikerInnen hingegen betrachten den Aufschub der Wahlen als strategischen Zug um weiterhin die Macht des Militärs im Land zu verfestigen, wie beispielsweise mit den Änderungen der Verfassung im Frühjahr dieses Jahres. Kan Yuenyong der *Siam Intelli-*

gence Unit betont, dass das nationale und internationale Drängen auf einen Wahltermin sowie der Druck auf die aktuelle Regierung mit dem Ende der Trauerzeit um den vorherigen König erneut ansteigt. Diesem Drängen nahm Premierminister Prayuth bereits im Vorfeld der Einäscherungszeremonien den Wind aus den Segeln. Doch um die Frage beantworten zu können, ob die Ankündigungen für Parlamentswahlen im November 2018 auch wirklich zur Realität werden, müssen sich die ThailänderInnen erneut viele Monate gedulden.

Bangkok Post, 6.10.2017

Bangkok Post, 10.10.2017

Verbleib von Yingluck Shinawatra

Das plötzliche Verschwinden und der Verbleib von Ex-Premierministerin Yingluck Shinawatra, die Ende August 2017 aus Thailand floh, sorgt immer wieder für kontroverse Spekulationen. Am 27. August 2017 wurde die ehemalige Regierungschefin in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Sie wurde vom Obersten Gerichtshof für Straftaten von Politikern aufgrund von Misswirtschaft und Korruption

während ihrer Amtszeit, insbesondere im Rahmen des umstrittenen Reisförderprogramms, schuldig gesprochen. Sie verließ Thailand bereits vor der Urteilsverkündung und floh Presseberichten zufolge über Dubai nach London. Nach aktuellem Stand plant sie laut CNN in England oder in anderen europäischen Ländern Asyl zu beantragen. Währenddessen hat die thailändische Regierung bereits Interpol angefragt

und hofft auf internationale Unterstützung bei der Auslieferung der Flüchtigen. Da sie im Rahmen der dreißig tägigen Frist nach der Urteilsverkündung keine Berufung einlegte und auch nicht erschien, um ihre Strafe anzutreten, wurden nun vom Außenministerium alle Ausweise Yingluck Shinawatras für ungültig erklärt.

CNN 28.9.2017

Bangkok Post, 30.10.2017

The Nation, 1.11.2017

Thailändisches Schulsystem laut UNESCO mangelhaft

Die UNESCO kritisierte in ihrem »Global Education Monitoring Report 2017/2018« das thailändische Schulsystem. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur betonte, dass das Bildungssystem Thailands in den vergangenen Jahren nur wenige Fortschritte erzielte und deutlich verbesserungswürdig sei. Kritisiert wurde u. a., dass die maximale Anzahl an SchülerInnen pro Lehr-

kraft nicht geregelt sei. Außerdem würde laut UNESCO die Grundausbildung in Mathematik sowie die allgemeinen Sprachkenntnisse bei ungefähr der Hälfte der SchülerInnen nur dem minimalen Standard entsprechen. Andererseits muss Thailand zugute gelegt werden, dass es ein staatlich anerkanntes Recht auf Bildung gibt, was global gesehen nur etwa fünfzig Prozent der Länder gewährleisten. Zusätzlich berichtet der

Report, dass fast die gesamte thailändische Bevölkerung die Grundschule absolviert und auch Mädchen in diesem Prozess nicht ausgeschlossen sind. Alles in allem entspricht das thailändische Schulsystem vielleicht nicht den international angestrebten Standards der UNESCO, es demzufolge aber einer Pauschalkritik zu unterziehen wäre unangebracht.

Bangkok Post 25.10.2017